

Wer hat den Kapitalismus gerettet?

Autor(en): **Brügel, J.W. / Moszkowska, Natalie**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **31 (1952)**

Heft 2-3

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336638>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

durch dieses Zusammenwirken ist die gegenwärtige amerikanische Außenpolitik und die Weltsituation zu erklären. Was wieder die These bestätigt: daß es *beide* Weltmächte sind, die die gegenwärtige Lage herbeigeführt haben, wobei freilich die gegenwärtige Politik der Vereinigten Staaten von den Forrestals niemals durchgesetzt worden wäre, wenn nicht gerade ihre Meinungen und Absichten von der russischen Außenpolitik gefördert worden wären. Wie schon so oft vorher: die Sowjetunion selbst hat ihre schärfsten Gegner auf den Plan gerufen.

Wer hat den Kapitalismus gerettet?

Man widerspricht nicht gern einer so kenntnisreichen Interpretin marxistischer Gedankengänge, wie es Dr. Natalie *Moszkowska* ist, aber wer eine solche Fülle apodiktischer Behauptungen ausspricht, ohne auch nur den Versuch zu machen, sie durch irgendwelche faktische Angaben zu belegen, muß darauf gefaßt sein, mit der Sprache der Tatsachen konfrontiert zu werden.

1.

Eine der Thesen, die Natalie *Moszkowska* in ihrem Aufsatz «Kapitalismus nach den Weltkriegen» aufstellt¹, lautet:

«In den besetzten westeuropäischen und fernöstlichen Ländern, zum Teil auch in den Marshall-Plan-Ländern des europäischen Kontinents, verhinderten die USA, daß die Großindustrie in Gemeinbesitz übergeführt und der Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage vorgenommen würde. Nach gesellschaftlicher Umformung, Demokratisierung der Wirtschaft strebende Kräfte wurden unterdrückt.

Statt der Sozialisierung der Produktionsmittel fand deren Reprivatisierung statt.»

Geschrieben in einem Augenblick, in dem die Vereinigten Staaten Waffen, Rohstoffe und Lebensmittel in riesigem Ausmaß an das hundertprozentig kommunistische Jugoslawien senden, in dem mehr als die «Großindustrie in Gemeinbesitz übergeführt» wurde! Es ist eine Binsenwahrheit, daß die Vereinigten Staaten in vielen Fällen (bei weitem nicht in allen) die konservativen Kräfte in der Welt stützen und sich auf sie stützen, daß sie zum Beispiel in *Japan* überfälligen Reformen Einhalt gebieten zu müssen glaubten. Aber muß der, der das mit Bedauern feststellt, ja *darf* er die Tatsache unterdrücken, daß die gleichen Vereinigten Staaten durch ihr Eingreifen die Ablösung eines halbfaschistischen Regimes in *Griechenland* durch ein halbweg demokratisches in die Wege leiteten und daß die Exponenten der Marshall-Plan-Verwaltung in *Deutschland* und *Italien* die den Erwägungen des Gemeinwohls widerstrebende Raffgier der einheimischen Kapitalisten einer vernichtenden Kritik unterzogen? Doch wo gibt es (abgesehen von Deutschland und Oesterreich) «besetzte westeuropäische Länder»? Als es noch amerikanische Soldaten in Frankreich gab — die aber nicht als Besatzungstruppen auftraten —, hat Frankreich die Gruben und einige Banken, die Autofabrik Renault, die

¹ Siehe Heft Nr. 11/1951 dieser Zeitschrift.

Versicherungsanstalten sowie die Gas- und Elektrizitätswerke nationalisiert. Die Vereinigten Staaten haben das weder verhindern können noch auch zu verhindern versucht. Großbritannien, das Marshallhilfe in großem Umfang erhielt, hat die Gruben und den Verkehr sowie die Erzeugung von Eisen und Stahl nationalisiert. Kein Zweifel, daß das den Repräsentanten der Vereinigten Staaten nicht besonders gefallen hat. Aber wer könnte, wenn er ernst genommen werden will, behaupten, daß sie auch nur den Versuch unternahmen, es zu verhindern oder mindestens zu erschweren? Einzig in Westdeutschland kann man — und das ist zweifellos einer der schwersten Fehler der Besatzungspolitik — von einem seinerzeitigen amerikanischen Veto gegen die Verstaatlichung reden. Es war nominell nur gegen einen Versuch gerichtet, das Problem in einem Land (Hessen) isoliert zu lösen, nicht gegen den Gedanken als solchen. Trotzdem hat es sich als ein Angriff auf die Sozialisierung im allgemeinen ausgewirkt. Nichtsdestoweniger würde heute kein amerikanisches Veto den Bonner Bundestag daran hindern, Sozialisierungsgesetze zu beschließen.

Österreich war 1946 auf amerikanische Hilfe in einem Maße angewiesen, das jedes Zuwiderhandeln gegen amerikanische Wünsche ausgeschaltet hätte, wären sie vorhanden gewesen und ausgesprochen worden. Tatsächlich hat aber Österreich in diesem Jahr eine große Verstaatlichungsaktion durchgeführt. Gegen diese Aktion hat es zwar kein amerikanisches, aber ein — russisches — Veto gegeben. Natürlich hat die Sowjetunion nicht im Interesse österreichischer Kapitalisten gehandelt, sondern ist von dem Grundsatz ausgegangen, daß für sie Sowjetisierung besser ist als Ueberführung eines Betriebes ins Eigentum des österreichischen Volkes. Die entscheidende Tatsache ist aber doch, daß keinerlei amerikanischer Einspruch vorlag.

Frau Moszkowska käme in große Verlegenheit, wenn sie aufgefordert würde, auch nur einen Fall zu nennen, in dem «nach gesellschaftlicher Umformung, Demokratisierung der Wirtschaft strebende Kräfte» amerikanischerseits unterdrückt wurden, oder einen einzigen Betrieb zu bezeichnen, dessen Reprivatisierung stattfand. Sie zitiert Henry Wallace, der einmal (wann?) gesagt haben soll, die Vereinigten Staaten seien «die potentiell größte imperialistische Nation der Weltgeschichte». Unabhängig davon, ob wir Wallace als Autorität anerkennen oder nicht: würde er das heute auch noch sagen?

2.

Es ist schwer, der Logik der Verfasserin zu folgen, die souverän alles übersieht, was ihre vorgefaßten Thesen eindeutig widerlegt. In den Vereinigten Staaten hätte es nach dem Krieg zu einer Wirtschaftskrise mit all ihren katastrophalen Folgeerscheinungen kommen *müssen*, was einen Ruck nach links hervorgerufen hätte; es hätte dann «*vielleicht* der bisher vermißte amerikanische Sozialismus auf den Plan treten *müssen*» und «auch in Westeuropa hätte dann eine Wendung zur sozialistischen Planwirtschaft stattfinden können». Amerikas Wirtschaftshilfe an Europa wäre aber nicht ohne Einfluß darauf geblieben, daß Amerika von der oft erörterten Absatzkrise nicht heimgesucht wurde. Diese Hilfe wurde gegeben, um die «Ausbreitung linker Bewegungen» in Europa zu verhindern und einer «Radikalisierung Europas vorzubeugen». Da wir Sozialisten natürlich sowohl an einem Ruck nach links in Amerika als auch an der Ausbreitung linker Bewegungen in Europa interessiert sind, hätten wir also wohl sowohl eine amerikanische Wirtschaftskrise als auch einen Sieg des Europa den Rücken kehrenden ameri-

kanischen Isolationismus begrüßen sollen, weil dann unser Weizen eher blühen würde? Zum Glück haben sich die ihrer Verantwortung gegenüber den Arbeitermassen Europas bewußten Repräsentanten der demokratischen Gewerkschaften und Arbeiterparteien Europas in ihrer Taktik mehr von den Tatsachen leiten lassen als von blutleeren Konstruktionen, die einer näheren Überprüfung nicht standhalten. Natürlich dürfen gewisse typische Propagandamärchen nicht fehlen, wie zum Beispiel, daß die amerikanischen Anleihen «nicht ohne politische Gegenleistungen (militärische Stützpunkte, Flug- und Marinebasen usw.)» gewährt wurden und daß der Marshallplan half, «die unverkäuflichen (amerikanischen) Überschüsse an den Mann zu bringen». Wenn man von dem nicht ganz geklärten Fall Maltas absieht, wurden die amerikanischen Basen außerhalb Amerikas ohne jeden Zusammenhang mit den Anleihen von den betreffenden europäischen Regierungen als nützlicher und notwendiger Bestandteil ihrer eigenen Verteidigungsanlagen eingeräumt. Es mag schon sein, daß hier und dort manchmal amerikanische Ladenhüter im Rahmen des Marshallplans an europäische Verbraucher gelangten, aber eine Darstellung, die diesem Plan nachsagt, er habe im verhungerten und nach Waren hungernden Europa «eine künstliche Aufnahmefähigkeit der europäischen Märkte für amerikanische Waren» geschaffen, stellt die entscheidenden Tatsachen einfach auf den Kopf. Wurde nicht mit amerikanischen Dollars kanadischer Weizen für Europa gekauft? Wurde nicht die Eigenproduktion und Produktivität Europas mit den Mitteln des Plans stimuliert, was für kurzsichtige amerikanische Betrachter eher als ein Minus vom amerikanischen Standpunkt erscheinen mußte? Wurde nicht mit amerikanischem Geld industrialisiert und die industrielle Ausrüstung erneuert, was darauf hinauslaufen muß, daß die betreffenden Länder von der Notwendigkeit der Einfuhr amerikanischer Fertigprodukte befreit wurden? Hat der Hilfsplan für die minderentwickelten Gebiete der Erde wirklich keinen anderen Sinn als den, «der Ausbreitung sozialer Bewegungen in Asien und Europa vorzubeugen»? Sollen also Sozialisten dafür eintreten, daß man diese Länder weiter unterentwickelt läßt?

3.

Wenn wir schon von Ladenhütern reden, dann müssen wir sagen, daß die Behauptung, «das radikalste und bewährteste Mittel, die Wirtschaftskrise abzuwenden, sei die Flucht aus der Krise in den Krieg» zu den allerältesten gehört. Goebbels hat bis zum Überdruß verbreitet, Roosevelt «laufe dem Krieg nach», um einer innenpolitischen Katastrophe zu entgehen. Die Propagandafirma, die diese Konkursmasse übernommen hat und jetzt Greuelmärchen über Amerika am laufenden Band verbreitet, erzählt es tagtäglich. Natalie Moszkowska, die etwa ein dutzendmal von einer «lauernden Absatzkrise» spricht, die durch Rüstungen hinausgeschoben werde, übernimmt das unbesehen. Nach dieser Logik ist die kominformistische Aggressivität ein wahres Glück für die Vereinigten Staaten, weil sie eine Wirtschaftskatastrophe dort nicht eintreten läßt. Erst der Krieg in Korea, sagt die Verfasserin, habe den Millionen Erwerbsloser, von denen es im Juli 1950 «über fünf Millionen» gegeben habe, die Rückkehr ins Erwerbsleben ermöglicht. Das ist eine der wenigen konkreten Angaben, die in dem Artikel enthalten sind, und sie ist nachweisbar unrichtig. Im Jahre 1949 hat ein temporäres Nachlassen der Konjunktur in den Vereinigten Staaten (Recession) die Kominformpresse aufjauchzen lassen, die nun den oft vergebens angekündigten «Slump» herannahen sah. Als der Krieg in Korea ausbrach, hatten sich die Dinge bereits gewandelt; ein Blick in die Statistiken beweist das ein-

deutig. Eine sozialistische Betrachtungsweise hätte sich viel eher mit der unleugbaren Tatsache auseinanderzusetzen, daß die typischen Repräsentanten des amerikanischen Kapitalismus ein paar Millionen Arbeitslose heute für gar kein Unglück halten und sich daher im Ernstfall gar nicht darüber den Kopf zerbrechen würden, sich einer solchen von ihnen als durchaus normal betrachteten Erscheinung durch zweifelhafte kriegerische Abenteuer zu entledigen.

4.

Man muß sich also vor dem Aussprechen apodiktischer Urteile hüten, und man hätte erwartet, daß sich gerade Natalie Moszkowska auf Grund ihrer persönlichen Erfahrungen nach diesem Grundsatz richten würde. Im Jahre 1935 hat sie die folgenden Sätze zu Papier gebracht²:

«Ebensowenig, wie es den Gewerkschaften durch Kollektivverträge, ist es den Arbeiterparteien durch soziale Reformen gelungen, die dem Kapitalismus innewohnenden *Verelendungstendenzen* unwirksam zu machen. Der politische Einfluß des Proletariats im kapitalistischen Zeitalter reicht nicht aus, um auf dem Wege sozialer Reform die Verelendungstendenzen abzuwehren. Auf diesem Wege ließen sich nur ganz drückende, in einem Kulturstaat nicht zulässige Übelstände beheben, eigentlich nur gewisse sozialhygienische Mindestforderungen verwirklichen. Im Wege politischer Kämpfe konnten die Werktätigen jeweils bloß eine geringe Hebung der Lebenshaltung durchsetzen, lediglich eines kleinen Bruchteils der Früchte der ins Märchenhafte gesteigerten Arbeitsproduktivität teilhaftig werden...»

Das sind Behauptungen, denen die Ergebnisse eines Menschenalters organisierten Kampfes der Arbeiterklasse entgegenstehen und an denen Frau Moszkowska deshalb heute kaum festzuhalten bereit sein wird. Aber sie zeigen, wie gefährlich es ist, solche tönende «Nie-und-Nimmer»-Urteile zu fällen.

5.

Die Moskauer Propaganda möchte es am liebsten so darstellen, als wären in dem einen Lager ausschließlich Friedenslämmer zu löblichem Tun vereinigt, während das andere ausschließlich von sprungbereiten und raubgierigen reißenden Wölfen bevölkert wird. Wir wollen nicht in den Fehler verfallen, den Spieß einfach umzukehren. Das, was man sich gewöhnt hat, «amerikanische Politik» zu nennen, ist die Resultante sehr verschiedenartiger Strömungen und oft voll von Widersprüchen. Niemand wird so naiv sein, zu leugnen, daß Kreuzfahrtendenzen auf sie einwirken, die von der Erhaltung und Festigung der Positionen des Kapitalismus träumen. Aber gerade das, was für die amerikanische Politik der Nachkriegszeit so typisch ist und was vielleicht am markantesten im Marshall-Plan zum Ausdruck kam, mußte den wenig verständnisvollen und oft abweisenden Kreisen des Big Business erst von einer Propaganda aufgezwungen werden, die ihren Ursprung in den Linkskreisen hat. Die amerikanischen Gewerkschaften sind nicht anti-kapitalistisch, aber sie würden jeden Gedanken von sich weisen, kapitalistischen Restaurationsbestrebungen in Europa Hilfe zu leihen. Sie sind mit besonderer Vehemenz für den Marshall-Plan eingetreten, und wer würde sie dafür kritisieren, daß sie, um Gehör und Unterstützung zu finden, das Argument des gesunden Menschenverstandes gebrauchten, daß sich mit einem konsolidierten Europa eher Geschäfte machen lassen als

² Natalie Moszkowska, Zur Kritik moderner Krisentheorien, Prag 1935, S. 27/28.

mit einem bankrotten Kontinent? Der Marshall-Plan hat Europa vor dem Versinken ins Chaos gerettet; doch die Annahme, daß sich aus diesem Chaos phönixgleich ein sozialistisches Europa erhoben hätte, ist ein Wunschtraum, der an der Sprache der Realitäten zerschellt. Aber die Frage, wer in Europa den Kapitalismus gerettet hat, ist nicht beantwortet in einem Aufsatz, der nur einmal verschämt das Wort «Ostblock» gebraucht und im übrigen die bloße Existenz des die Grundlagen der freien Welt bedrohenden Kominformismus unerwähnt läßt! Die Möglichkeiten, in westeuropäischen Ländern, wie Frankreich und Italien, eine sozialistische Wirtschaftspolitik durchzusetzen, wurden vernichtet durch die kommunistische Weigerung, das spezifische Gewicht ihrer Wählerschaft auf die Waagschale der für den sozialen Fortschritt kämpfenden Kräfte zu legen. Die Isolierung, in die die Kommunisten ihre Wählerschaft geführt haben, kommt objektiv den Kräften der Reaktion zugute – eine Macht, die keine Skrupel hatte, einen Nichtangriffspakt mit Hitler abzuschließen und zu halten, kann ihrer ganzen Natur nach einen Nichtangriffspakt mit der demokratischen Arbeiterbewegung nicht einmal in Erwägung ziehen. Viel ärger noch ist, daß die Kommunisten die Gewaltregime, die aufzurichten ihnen in einigen Ländern gelungen ist, als die Erfüllung sozialistischer Träume ausgeben und damit den Gedanken des Sozialismus aufs schwerste kompromittieren. Daß der Kominformismus die Gedankenwelt des Sozialismus geschändet und ad absurdum geführt hat, ist vielen Menschen nicht klar, die an der Aufrechterhaltung des Kapitalismus kein objektives Interesse haben, sie aber für den Augenblick in Kauf nehmen, weil ihnen vor der ihnen als einzig möglich dargestellten Alternative mit Recht graut. Es mag paradox klingen und ist trotzdem wahr, daß es der *Bolschewismus in seiner heutigen Form* ist, der dem *Kapitalismus das Leben gerettet* hat. Wer das nicht sehen will, versündigt sich an dem «kritischen Geist des Marxismus», den die Frankfurter Deklaration der Sozialistischen Internationale rühmt.

J. W. B.

Entgegnung an J. W. B.

I.

Die Fülle unhaltbarer und sich widersprechender Behauptungen im Artikel von J. W. B. richtigzustellen, würde zu viel Raum beanspruchen und für die Leser der «Roten Revue» kaum von Interesse sein. Denn die Einwände von J. W. B. sind samt und sonders durch die heute leider sehr verbreitete antikommunistische Hysterie diktiert.

J. W. B. gibt sich zwar für einen Verteidiger der Demokratie und der Freiheit des Wortes aus, möchte jedoch jeden, der sich erdreistet, an der Politik der USA (und nicht an derjenigen der UdSSR) Kritik zu üben, zum Schweigen bringen. (Vergleiche seinen Artikel gegen Ludwig Fölsche in der «Roten Revue», Nr. 9, 1951.)

Wir Sozialisten brauchen nicht die herausfordernde, haßerfüllte antikommunistische Propaganda mitzumachen, die zurzeit die Welt überflutet und nach der die eine Hälfte der Welt immer recht, die andere immer unrecht habe, im Westen es nur Licht, im Osten nur Schatten gebe, eine Propaganda, die am kapitalistischen Amerika nur das Positive, am kommunistischen Rußland nur das Negative hervorkehrt. Ein Sozialist muß objektiv sein.

Und was wird schon mit dieser Taktik erreicht? Die antikommunistische Politik, durch die sich der Osten bedroht fühlt¹, führt zur Verschärfung kommunistischer Methoden. Die Verschärfung der kommunistischen Methoden hat dann verschärfte antikommunistische Politik zur Folge. In der vergifteten Atmosphäre entsteht eine Spirale, die eine gefährliche Kriegsstimmung erzeugt.

Es gibt nichts Gemeinsames im Wesen des Kommunismus und des Faschismus, trotz gegenteiligen Behauptungen gehässiger Antikommunisten. Sowohl der Ausgangspunkt als auch das Endziel sind grundverschieden. Es besteht hingegen «eine tiefere innere Beziehung zwischen dem *Antikommunismus und Faschismus*; der Antikommunismus droht überall dort zum Faschismus zu werden, wo er durch die Umstände gezwungen wird, kämpferisch zu werden². Der antikommunistischen Hysterie ist es zu verdanken, daß sich der Faschismus als «feuerfest» (Carl Misch) erwiesen hat.

Der beste Schutz gegen den Kommunismus in Westeuropa sind grundlegende soziale Reformen und nicht die gigantischen militärischen Rüstungen, die die Reformen wirtschaftlich und politisch unmöglich machen.

Durch den gehässigen Antikommunismus wird im Osten die Entwicklung zur Demokratie verzögert und im Westen die Demokratie gefährdet. Denn der Antikommunismus und Militarismus fördern reaktionäre Kräfte in der ganzen Welt.

II.

J. W. B. schreibt: «Wer könnte behaupten», daß die USA «auch nur den Versuch unternehmen», die Nationalisierung der Industrie in England «zu verhindern oder auch nur zu erschweren?»

Amerika hat in England zwar nicht direkt, jedoch *indirekt interveniert*. Man denke zum Beispiel an die Pfundabwertung auf Geheiß der USA, trotz dem Widerstand des britischen Finanzministers. Über diese «Kehrseite des Marshall-Planes» schreibt Jann von Sprecher: Die Dollarnot Englands ist von Washington «voll ausgenutzt worden. So hat denn Wallstreet seinen ersten großen Erfolg über Labour davongetragen . . . Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es sich hier um den ersten entscheidenden Vorstoß mit dem Ziele handelt, im nächsten Jahre den Sturz des Labourregimes in England herbeizuführen . . . Eine manifeste Abhängigkeit Europas von den amerikanischen Zielsetzungen»³.

Amerika hat in England auch noch auf eine andere Weise indirekt, und zwar sehr wirksam, interveniert. . . . Die demokratisch-sozialistische Umgestaltung, allein auf England beschränkt, ist», schreibt Sternberg, «nicht möglich . . . In der heutigen Epoche der Weltmächte und Weltgeschichte . . . ist in England allein die Basis für eine demokratisch-sozialistische Umgestaltung zu *schmal*.» England «konnte die ersten Schritte unterneh-

¹ Der Stalin-Hitler-Pakt, von dem J. W. B. spricht, wäre beim Ausbleiben des Antikommunismus im Westen, welcher im Faschismus die einzige Alternative zum Kommunismus sah und Hitler gegen Stalin auszuspielen suchte, kaum zustande gekommen. Denn die Haltung Rußlands hatte «keinen anderen Grund als die Entschlossenheit Stalins, Rußland aus dem sich anbahnenden Krieg fernzuhalten. *Sein ganzes Vorgehen diene diesem einen Ziel.*» (A. Rossi in: «Der Monat», Berlin 1949, Heft 11, Seite 77). Rußland ist seit einigen dreißig Jahren «eine Festung im Alarmzustand», gegen die offen oder getarnt Krieg geführt wird. (Nikolaj Bierdiajew).

² Walter Dirks in: «Frankfurter Hefte», 1948, Seite 704.

³ «Schweizer Monatshefte», Zürich, Oktober 1949, Seite 410.

men . . . Aber um entscheidende weitere Schritte zu tun, müßte die Basis verbreitert werden . . . Die Aktion . . . in England (müßte) verbunden werden mit der auf dem europäischen Kontinent⁴. Aber gerade dies hat Amerika durch eine sehr energische *direkte Intervention* verhindert.

«Wenn die weitere Entwicklung in England und Deutschland . . . lediglich von dem inneren Kräftesystem in diesen Ländern bestimmt wäre, so spräche vieles dafür, daß . . . auch auf dem Kontinent versucht würde, die europäische Krise auf dem Wege einer sozialistisch-demokratischen Transformation zu überwinden. Aber *die USA intervenierten*». «Die bisherige amerikanische Politik, die sich auf dem europäischen Kontinent, vor allem in Deutschland, gegen eine sozialistische Transformation wandte, ist so ein *entscheidender Faktor*, der die Synchronisierung einer Labourpolitik in England mit einer ähnlichen auf dem Kontinent *verhinderte und verhindert*»⁵.

J. W. B. kann nicht glatt leugnen, daß die Vereinigten Staaten reaktionäre Kräfte in der Welt unterstützen und fortschrittliche unterdrücken. Er sucht jedoch jeweils hinterher, die Tatsachen tendenziös zu bagatellisieren. Beispielsweise: Über das amerikanische Veto gegen die Verstaatlichung der Industrie in Westdeutschland sagt er: «Es war nominell *nur* gegen einen Versuch gerichtet, das Problem in einem Lande (Hessen) isoliert zu lösen, *nicht gegen den Gedanken als solchen*» (sic!). Man muß schon sehr naiv sein, zu glauben, daß Amerika daran interessiert ist, den Sozialismus in der ganzen Welt einzuführen und nicht nur in einem Lande.

Die bekannte Tatsache, daß in Amerika eine Wirtschaftskrise drohte und durch Rüstungen beziehungsweise den Koreakrieg hinausgeschoben wurde, bezeichnet J. W. B. als ein Greuelmärchen. Wenn keine Krise befürchtet wird, wodurch erklärt es sich, daß die Waffenstillstandsverhandlungen in der amerikanischen Geschäftswelt eine «Friedenspanik» hervorriefen? Weshalb erstrebt man in Amerika (nach Presseberichten) einen «permanenten Kriegszustand»? — Siehe hierzu auch meinen Aufsatz «Krise und Krieg» in: «Arbeit und Wirtschaft», Wien, Dezember 1951.

Wenn die Vereinigten Staaten zurzeit das kommunistische *Jugoslawien*, das die Industrie sozialisiert hat, unterstützen, so geschieht dies durchaus nicht, wie J. W. B. glaubhaft machen will, um dort den sozialen Fortschritt zu fördern. Der amerikanischen Jugoslawienpolitik liegen *die gleichen Motive* zugrunde, wie der Spanienpolitik Amerikas. Und diese Politik — militärisches Bündnis mit der faschistischen Diktatur und materielle Hilfe ihrem korrupten Regime — kann ein Sozialist nicht billigen.

In *Griechenland* sei, nach J. W. B., «durch Eingriff der Vereinigten Staaten die Ablösung eines halbfaschistischen Regimes durch ein halbweg demokratisches in die Wege geleitet worden». In Wirklichkeit haben die Vereinigten Staaten in Griechenland die Extremisten der Rechten gestärkt und die demokratischen Kräfte durch Hinrichtungen dezimiert.

Ein dem Kommunismus gegenüber so kritisch eingestellter Mann wie Michael Freund (Redaktion der «Gegenwart», Frankfurt am Main) sieht sich zu folgenden Äußerungen über die Politik der beiden Weltmächte in den anderen Erdteilen genötigt: «Die bittere Wahrheit ist, daß der Kommunismus in *Asien* und *Afrika* eine *echte soziale Volksbewe-*

⁴ Fritz Sternberg: «Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht», Köln 1951, Seite 438 f. (Auszeichnungen von mir, hier und im folgenden.)

⁵ Sternberg, Seite 438 f.

gung darstellte oder wenigstens eine echte soziale Volksbewegung in seine Dienste zu nehmen vermag. Er sieht in Asien *echte geschichtliche Aufgaben* vor sich und kann sich, legitim oder illegitim, auf sie berufen. Bodenreform, Industrialisierung und Bekämpfung des Massenelends sind *von keiner anderen* politischen Macht in Asien mit einer wirklichen Chance des Erfolges in Angriff genommen worden ... Man könnte sehr wohl das soziale Ideal bejahen, das hinter manchen dieser kommunistischen oder pseudokommunistischen Bewegungen steckt». Und die USA? Sie führen «in Asien nicht nur Krieg gegen die Armeen kommunistischer Staaten, sondern gegen eine soziale Weltrevolution». Sie verbrauchen «in Asien einen Gutteil ihrer Kräfte», um eine elementare und *geschichtsnotwendige Revolution niederzuhalten*». Dabei «stützen sie sich auf *völlig korrupte Regierungen und Ordnungen*»⁶.

Und wie sind die Zustände in *Amerika* selber? Während das arme Rußland den Analphabetismus aus der Zarenzeit in kurzer Zeit liquidiert hat, gibt es in den reichen USA 14 Prozent Analphabeten unter den Rekruten. Die Volksbildung befindet sich im unaufhaltsamen Verfall. Es fehlen sowohl Elementarschulen als auch Volksschullehrer⁷.

«Wer für eine amerikanische Orientierung eintritt, verzichtet auf die sozialistische Zielsetzung und befindet sich in übelster reaktionärer Gesellschaft»⁸.

Nach einem dritten Weltkrieg, einem Sieg der Vereinigten Staaten, würde «Europa zu einer amerikanischen Kolonie degradiert, Rußland aufgespaltet, seine Trümmer reaktionär-militärischen Diktaturen ausgeliefert und das kapitalistische Wirtschaftssystem wieder aufgerichtet werden ... In jedem Fall *würde die Sozialdemokratie ausgerottet werden*», schreibt J. Braunthal, der Sekretär der Sozialistischen Internationale («Zukunft», 1949, Seite 311).

Leider sehen nicht alle Genossen die Gefahren der Anlehnung an die kapitalistische Weltmacht so klar.

Um nicht an zwei Fronten — gegen den Kapitalismus und gegen den Kommunismus — kämpfen und die Kräfte zersplittern zu müssen, sind manche Genossen geneigt, Konzessionen an den Kapitalismus zu machen. Es wird behauptet, daß der Gegensatz: «Kapitalismus - Sozialismus» veraltet, oder um den beliebten Ausdruck von J. W. B. zu gebrauchen, «Klischee von Anno dazumal» ist, dagegen der Gegensatz: «Kommunismus - Sozialismus» der einzig wichtige sei. Man geht sogar so weit, vom amerikanischen «Wohlfahrtskapitalismus» zu sprechen. Ein unverkennbarer ideologischer Rückzug!

Durch die Anlehnung an die USA schleichen sich auch sonst kapitalistische Ideologien in die sozialistische Bewegung ein.

Dr. Natalie Moszkowska

⁶ «Gewerkschaftliche Monatshefte», Köln 1951. Seite 288 ff.

⁷ «Volksrecht», Zürich, 10. August 1951.

⁸ J. Hindels in: «Zukunft», Wien 1948, Seite 355.

Versuche in Ostsachsen, Westschlesien und im Spreewald — dem Berliner Ausflugsgebiet —, eine «sorbisch-wendische» Frage künstlich zu schaffen. Die neue *wendische Bewegung* knüpft an die bescheidenen Reste wendischer Sprache an, die der deutschen Kolonisation getrotzt haben. Eine Wendenbewegung, deren Organ die 1946 gegründete «Domo-vina» ist, wird von den Okkupanten unterstützt. Polen und die Tschechoslowakei aspirieren auf den Anschluß der «unerlösten» Lausitz. Den «sorbischen Menschen» feiert in Fleißaufgaben das Ostberliner «Neue Deutschland». Offenbar hat man vom Unfug der Autonomiebewegung kleiner Nationalitäten seit Wilson noch nicht genug. Als ob die Förderung von neuen Kleinenheiten ein anderes Ziel hätte als ihre Ausbeutung durch die großen Einheiten. Englands bekannte Liebe für die kleinen Nationen hat nicht schlecht Schule gemacht. — Die Berichte über neue Ergebnisse der russischen Urgeschichtserforschung der *Skyten* setzt Franz Hančar in «*Saeculum*» (I/1) mit einer Darstellung prähistorischer Krisenfaktoren in angeblich unhistorischen Jahrtausenden fort. *Felix Stössinger*

Hinweise auf neue Bücher

Edwin Grazioli und Gerhard Hofmann: Weißt Du noch, Kamerad? Die Geschichte einer Infanteriekompagnie im Osten. Mit 88 Originalzeichnungen. 84 Seiten. Frankfurter Sozietätsdruckerei, Frankfurt am Main 1952.

Dieses Buch, das Dutzende von Kriegsepisoden zu einem aus der Perspektive des einfachen Infanteriesoldaten erfaßten Gesamtbild des Fronterlebnisses zusammenfügt, macht den Eindruck einer ehrlichen Darstellung, ist aber nichtsdestoweniger ein Dokument jener verhängnisvollen Unaufrichtigkeit, ja Verlogenheit, von der große Teile des deutschen Volkes sich noch immer nicht zu befreien vermögen. Im Gedächtnis der Verfasser scheint eine gewaltige Lücke zu klaffen. Sie tun so, als hätten sie völlig vergessen, auf wen die deutsche Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges vereidigt war. Hitlers Tausendjähriges Reich ist tabu und wird nirgends erwähnt. Weder der «Führer» noch Göring noch Goebbels noch Himmler werden je genannt. Die unausgesprochene, dem Leser jedoch sehr nachdrücklich suggerierte These lautet: Wir haben als Soldaten und Offiziere unsere Pflicht getan, aber wir waren keine Nazi, und wir haben während des ganzen Krieges nicht einen einzigen Nazi, nicht einen einzigen SS-Mann gesehen, weder an der Front noch im Urlaub. Unauslöschlich haben sich uns zwar die Greuelthaten eingepägt, welche an unseren Kameraden von russischen Partisanen begangen worden sind, aber von Greuelthaten und von «Vergeltungsmaßnahmen» unserer Leute wissen wir nichts... Da und dort wird in diesem Buch von der Sinnlosigkeit des Krieges gesprochen; er scheint aber seinen Sinn nur deshalb verloren zu haben, weil er nicht durch einen deutschen Sieg gekrönt worden ist.

Das Buch wird Erfolg haben. Es zeugt von einer erschreckenden Mentalität. *V. G.*

Mitteilung der Redaktion

J. W. Brügel (London) schreibt uns: Im Februar/März-Heft des laufenden Jahrganges unserer Zeitschrift habe er unter dem Titel: «Wer hat den Kapitalismus gerettet?» auf die Ausführungen von Natalie Moszkowska («Kapitalismus nach den Weltkriegen», Heft 11/1951 der «Roten Revue») geantwortet. Seiner Antwort war eine «*Entgegnung*» von Dr. Moszkowska angefügt. In diesem Schlußwort zur Diskussion habe Dr. Moszkowska die von ihm, Brügel, geäußerten Ansichten «in entstellter und ihres wahren Sinnes beraubten Form» wiedergegeben, was er im einzelnen belegen könne und wogegen er Verwahrung einlegen müsse.

Wir verweisen unsere Leser auf die genannten, in der «Roten Revue» erschienenen Texte. Eine Polemik darüber können wir Raummangels wegen nicht zulassen. *V. G.*